Wehrdienst bleibt in Deutschland freiwillig

In vielen europäischen Ländern gibt es sie wieder: die Wehrpflicht. In Deutschland sieht das anders aus. Obwohl der Bundeswehr Personal fehlt, soll der Wehrdienst freiwillig bleiben – zumindest erst mal.

In letzter Zeit ist in Deutschland viel über eine mögliche Rückkehr zur Wehrpflicht diskutiert worden – denn der Bundeswehr fehlt Personal, und der Soldatenberuf ist gerade bei jungen Menschen wenig beliebt. Dazu kommt die veränderte sicherheitspolitische Lage: Seit dem Krieg in der Ukraine, **Angriffen** auf **NATO**-Mitglieder und der **Abkehr** der US-Regierung von Europa sind viele davon überzeugt, dass **sich** Deutschland **militärisch besser aufstellen** muss.

Vor allem die konservativen Schwesterparteien CDU und CSU hatten im **Wahlkampf** eine schrittweise Rückkehr zur Wehrpflicht gefordert. Die Sozialdemokraten jedoch sind gegen eine Pflicht. Im **Koalitionsvertrag** haben sich die voraussichtlich neuen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD jetzt darauf geeinigt, dass der Wehrdienst weiterhin freiwillig bleiben soll. So sagte CDU-Chef Friedrich Merz, dass die neue Regierung „nach dem schwedischen Modell zunächst **auf der Basis** der Freiwilligkeit den Wehrdienst in Deutschland stärken“ wird.

Jedes Jahr sollen nun alle 18-Jährigen einen Fragebogen ausfüllen und darin angeben, ob sie zum Dienst bereit sind und die nötige Fitness haben. Männer sind verpflichtet, den Bogen auszufüllen, Frauen können freiwillig teilnehmen. Die Bundeswehr will so **herausfinden**, wer theoretisch für den Wehrdienst geeignet ist. Dass die zukünftige Bundesregierung weiterhin für einen freiwilligen Wehrdienst ist, hat auch einen praktischen Grund: Die Bundeswehr könnte gar nicht alle jungen Menschen eines **Jahrgangs** als **Wehrdienstleistende** aufnehmen. Dazu fehlt ihr die **Infrastruktur**, vor allem Unterkünfte und **Ausbilderinnen und Ausbilder**.

Wenn der neue Wehrdienst, der laut Koalitionsvertrag „zunächst auf Freiwilligkeit basiert“, erfolglos bleibt, kann die Regierung problemlos zur allgemeinen Wehrpflicht für Männer zurückkehren. Denn die Wehrpflicht wurde 2011 per Gesetz nur **ausgesetzt**, nicht aber **aus der Verfassung gestrichen**. Um auch Frauen verpflichten zu können, müsste dagegen das **Grundgesetz** geändert werden.

Autorin/Autor: Nina Werkhäuser, Markus Hofmann

Glossar:

Wehrdienst, -e (m.) – die Zeit, in der jemand beim Militär arbeitet

Wehrpflicht (f., nur Singular) – der staatliche Zwang, seinem Land für eine bestimmte Zeit als Soldat oder Soldatin zu dienen

Angriff, -e (m.) – hier: eine Militäraktion, z. B. gegen ein Land

NATO (f., nur Singular) – eine Gruppe von (meist europäischen und nordamerikanischen) Staaten, die sich im Krieg gegenseitig unterstützen

Abkehr (f., nur Singular) – die Abwendung von etwas oder jemandem

sich militärisch besser aufstellen – das Militär verbessern, z. B. mit mehr Personal

Wahlkampf, -kämpfe (m.) – die Zeit vor einer Wahl, in der Politiker und Politikerinnen versuchen, die Menschen von sich zu überzeugen

Koalitionsvertrag, -verträge (m.) – die Abmachung der Parteien, die gemeinsam die Regierung bilden

auf der Basis von etwas – auf Grundlage von etwas; wegen etwas

etwas heraus|finden – hier: etwas feststellen; etwas in Erfahrung bringen

Jahrgang, -gänge (m.) – hier: eine Gruppe von Gleichaltrigen

Wehrdienstleistende, -n (f./m.) – die Person, die ihren Wehrdienst macht

Infrastruktur, -en (f.) – hier: die nötigen Einrichtungen, z. B. Gebäude, Ausrüstung und Personal

Ausbilder, -, Ausbilderin, -nen – jemand, der/die anderen etwas (z. B. einen Beruf) beibringt

etwas aus|setzen – hier: etwas für eine bestimmte Zeit stoppen

etwas aus der Verfassung streichen – hier: ein Gesetz abschaffen und aus dem Grundgesetz entfernen

Grundgesetz (n., nur Singular) – die wichtigsten Regeln für das Zusammenleben in einem Staat